

*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Festvortrag des Ministerpräsidenten Matthias Platzeck anlässlich  
des Braunkohlentages 2003**

**“Die Braunkohle – Ein zentraler Standortfaktor im Energieland Brandenburg“**

am 8. Mai 2003

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen in Potsdam! Ich konnte aus terminlichen Gründen leider erst gegen 18. 00 Uhr zu Ihnen stoßen. Wie ich dem Programm entnehmen konnte, wurden am Nachmittag bereits interessante Vorträge gehalten, die ich ausgesprochen gerne verfolgt hätte. Sie wissen ja wahrscheinlich um mein „Vorleben“ als Naturwissenschaftler und Umweltpolitiker, und entsprechend groß ist meine Neugier, wenn so sachkundige Experten zusammenkommen und sich über so spannende und hochaktuelle Themen der Energiepolitik austauschen.

In diesem Sinne möchte ich denn auch den Anlass nutzen, um dem Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein für seine engagierte Arbeit zu danken. Politiker und Verbände sind sich zwar beileibe nicht immer grün. In Ihrem Fall möchte ich aber doch hervorheben, wie sehr ich Ihren Einsatz für den Strukturwandel und die Modernisierung in Ostdeutschland schätze. Herzlichen Dank für die konstruktive Zusammenarbeit.

Der Braunkohletag 2003 kann in gewisser Weise als ein Meilenstein betrachtet werden, denn in diesem Jahr taucht zum ersten Mal ein Name auf, den es in der Braunkohlenindustrie Deutschlands bisher nicht gab. Der Name Vattenfall Europe löste im Januar dieses Jahres die jedem in der Lausitz bekannte Bezeichnung LAUBAG ab. Ein Wechsel, der eine neue Ära in der europaweit übergreifenden Braunkohle-industrie einleitete. Vattenfall Europe bildet einen neuen, tragenden Baustein der ostdeutschen Wirtschaft und markiert einen wichtigen Schritt auf dem Weg der Neuordnung der Energiewirtschaft in ganz Deutschland.

Ich begrüße die hier anwesenden Vertreter von Vattenfall ganz herzlich und möchte allen danken, die mitgeholfen haben, diese große Transaktion zuwege zu bringen. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Energiesektor bedeuten die Bildung von Vattenfall Europe und die vereinbarte Stromabsatzgarantie bis 2011 eine Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Dieser beschäftigungspolitische Erfolg wird noch durch die Zusage von Vattenfall verstärkt, 500 Auszubildende zusätzlich einzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

obwohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren deutlich schwieriger geworden sind, kann sich Brandenburg heute als Wirtschaftsstandort - gerade auch wegen seiner stabilen und modernen Braunkohlenindustrie- durchaus sehen lassen.

Der nach der Herstellung der Einheit Deutschlands einsetzende dramatische Rückgang des Braunkohlebedarfs führte in der Folge zur raschen Stilllegung von Tagebauen und Veredelungsanlagen, die den Bestand an bereits vorhandenem Rekultivierungs- und Sanierungsdefiziten stark vergrößerte. Es wurde schnell klar, dass nur wenige wirtschaftliche Tagebaue und Veredelungsanlagen für eine Privatisierung in Frage kamen. Der immense verbleibende Sanierungsaufwand für bereits stillgelegte und noch stillzulegende bergbauliche Anlagen muss von der öffentlichen Hand übernommen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die ökologischen Altlasten des Braunkohlenbergbaus zügig beseitigt werden, Beschäftigung in der Region geschaffen und der erforderliche Strukturwandel durch höhere Lebensqualität und Investitionsanreize flankiert wird.

Anrede

Die gesamten Altlasten der Braunkohleindustrie in der Lausitz und in Mitteldeutschland wurden nach der Wende auf zunächst 15 Mrd. Euro geschätzt. Neuere Zahlen gehen von einem Volumen von ca. 8 Mrd. Euro aus.

Die so genannten bergbaulichen Arbeiten wie Massenbewegung und Abrissarbeiten sind zwischenzeitlich weitgehend bewältigt. Die Sanierung des Wasserhaushaltes erlangt deshalb einen immer größeren Stellenwert. Langfristig wird sich die Lausitz zu einer Seenkette entwickeln. Mehr als 20 Seen werden alleine im Brandenburger Teil des Bergbaureviers neu entstehen, einige davon mit Flächen von weit über 1000 ha. Dadurch entsteht eine neue Landschaft mit großem Freizeitwert und überregionaler Ausstrahlung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die EU-Osterweiterung rückt immer näher. Mit dem Beitritt unserer osteuropäischen Partner wird trotz möglicher Anpassungs-schwierigkeiten ein erheblicher wirtschaftlicher Schub für die europäischen Mitgliedsländer verbunden sein.

Die EU-Erweiterung lässt Deutschland und insbesondere Brandenburg aus seiner bisherigen Randlage innerhalb der EU heraustreten. Wir werden zu einer zentralen Region des erweiterten Europa.

Genau verifizierte Aussagen über branchenmäßige Gewinner und Verlierer des Erweiterungsprozesses gibt es nicht und kann es nicht geben. Prognosen und Schätzungen liefern lediglich ein ungefähres Bild, was in wirtschaftlicher Hinsicht zu erwarten sein könnte. Und doch hat sich schon viel Handfestes getan. Seit Anfang der 90er Jahre, seit den Assoziierungsabkommen der EU mit den Beitrittskandidaten, ist der Wirtschaftsmarkt weitgehend liberalisiert. Die Anpassungsprozesse laufen seit vielen Jahren. So wurde das Assoziierungsabkommen mit Polen bereits 1994 abgeschlossen. Polen befindet sich also schon seit neun Jahren auf dem Weg zum Beitritt.

Auch immer wieder befürchtete Probleme durch die zu erwartende Migration, wie Belastungen des deutschen Arbeitsmarktes durch Pendler, werden keine tiefgreifenden Schwierigkeiten mit sich bringen. Das gewährleisten unter anderem die von polnischer Seite akzeptierten Übergangsregelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Lassen sie uns also positiv der EU-Erweiterung entgegblicken, denn sie bietet vor allem eine Fülle von Chancen!

Anhand des Umweltsektors wird dies besonders anschaulich: In den Beitrittsländern herrscht erheblicher Nachholbedarf, was die Übernahme der Umweltstandards angeht. Die Erfahrungen der brandenburgischen Umweltwirtschaft etwa bei der Altlastensanierung von Industriestandorten – ich nenne als Beispiel das benachbarte Lauchhammer – werden im Zuge der Erweiterung noch stärker zum Tragen kommen. Anbieter technischer Lösungen wie auch Anbieter von Beratungsleistungen für komplexes Umweltmanagement sind schon heute gefragt. Was die Braunkohlen- und Energiewirtschaft angeht, können wir ebenfalls zuversichtlich sein. Ich bin davon überzeugt, dass die wirtschaftlichen Chancen mögliche Risiken überwiegen.

Meine Damen und Herren,

Braunkohle und Energiewirtschaft waren und sind in der Lausitz der bestimmende Industriezweig und das wird auch in Zukunft so bleiben. Vor dem Hintergrund des Ausstiegs aus der Kernenergie und der anhaltenden Preisdiskussionen bei Mineralöl und Gas hat das seinen guten Sinn. Die Lausitz lebt mit und von Kohle und Energie und daran halten wir fest. Energie und die damit verbundene moderne Infrastruktur sind jedoch nicht allein für die Lausitz von Bedeutung, sondern für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg insgesamt.

Schon heute ist der Umbau der Energietechnik in der Lausitz ein Beispiel dafür, dass die Modernisierung unseres Landes Früchte trägt. Eine Modernisierung, die die industriellen Traditionen und wirtschaftlichen Besonderheiten aufgreift und stärkt, um sie durch Forschung und Entwicklung zukunftsfähig zu machen.

Hocheffiziente Braunkohlenkraftwerke, erneuerte Netze und viele dezentrale Anlagen mit neuesten Technologien ergänzen einander in Brandenburg. Braunkohle ist und bleibt aber auch für ganz Deutschland eine tragende Säule im Energiemix.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit seiner im letzten Sommer verabschiedeten „Energiestrategie 2010“ will Brandenburg seine Position als *das* ostdeutsche Energieland ausbauen. Wichtigstes Standbein dabei ist die Verstromung der heimischen Braunkohle in der Lausitz. Um langfristig Akzeptanz für die Braunkohle zu schaffen, muss die Effizienz der Verstromung bis hin zur vollständigen Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter gesteigert werden.

Für eine Erhöhung der Kraftwerkswirkungsgrade haben wir den entsprechenden Forschungs- und Entwicklungsvorlauf zu gewährleisten. Die brandenburgische Landesregierung unterstützt diesen Prozess. Entsprechend wurde mit Landesmitteln die notwendige Forschungsinfrastruktur an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und am Energieressourcen-Institut Cottbus erheblich ausgebaut.

Das jüngste Projekt – eine Versuchsanlage zur druckaufgeladenen Dampf-Wirbelschicht-Trocknung – wurde vom Land mit rund 1,5 Mio. EUR gefördert. Ziel des Forschungsprogramms, das durch das Bundeswirtschaftsministerium gefördert wird, ist die weitere Erhöhung der Kraftwerks-Wirkungsgrade. Im Rahmen eines von der EU-Kommission ins Leben gerufenen OPET-Projektes (*OPET= Organizations for the Promotion of Energy Technology/ Organisation zur Förderung der Energietechnologie*), das

den Vertrieb innovativer Energietechnologien unterstützt, wird Brandenburg beispielsweise Ausrichter eines Statusseminars für Kohletechnologien mit hochkarätigen osteuropäischen Experten sein.

Darüber hinaus setzt sich die Landesregierung gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Braunkohleländern dafür ein, dass im neuen Energieforschungskonzept der Bundesregierung die Weiterentwicklung der Braunkohle-Kraftwerkstechnologien angemessen berücksichtigt wird. Erst kürzlich haben die Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen auf einer gemeinsamen Kabinettsitzung eine entsprechende Vereinbarung getroffen.

Der Energietechnologietransfer zwischen Forschung und Wirtschaft muss allerdings noch entschlossener voran gebracht werden. Gelingen kann dies nur mit starken Verbündeten aus der Wirtschaft wie Vattenfall Europe. Die Landesregierung wird ihren Beitrag leisten und trotz knapper Mittel die energietechnologische Kompetenz in der Lausitz weiterhin gezielt unterstützen. Mit unserem in der Welt einmaligen Know-how bei der Braunkohleverstromung - dem Schwerpunkt der Energieforschung in Cottbus -, aber auch mit den vielen anderen Forschungseinrichtungen im Land, verfügen wir über beste Voraussetzungen für eine effiziente, anwendungsorientierte Energieforschung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Klimaschutzziele und die Strategien ihrer Umsetzung, wie sie im Kyoto-Protokoll vereinbart sind, werden durch Brandenburg aktiv unterstützt. So wurde mit der Umstrukturierung der gesamten brandenburgischen Wirtschaft in den zurückliegenden 10 Jahren ein hoher Umweltstandard erreicht. Das Land Brandenburg hat damit maßgeblich zum Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland seit 1990 beigetragen. Allein die Modernisierung der ostdeutschen Braunkohleverstromung hat gegenüber 1990 zur Senkung des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 54 Mio. t geführt.

Bei der anstehenden nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie zum Handel mit Treibhausgasemissionsberechtigungen setzt sich die Landesregierung deshalb dafür ein, dass diese Vorleistungen anerkannt werden und die Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohleverstromung nicht gefährdet wird. Die Einführung des Handelssystems darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der brandenburgischen Wirtschaft, insbesondere der Braunkohlewirtschaft, mit abermals gravierenden negativen Folgen für den Arbeitsmarkt führen.

Die Landesregierung wird den Prozess der nationalen Umsetzung gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Braunkohleländern und im engen Dialog mit der Wirtschaft aktiv politisch begleiten. Die Länder haben bereits im letzten Jahr die Bundesregierung aufgefordert, sich frühzeitig und intensiv an der nationalen Ausgestaltung des Emissionsrechtshandels zu beteiligen. Im Namen meiner ostdeutschen Ministerpräsidenten-Kollegen habe ich mich unlängst mit der Bitte an den Bundeskanzler gewandt, bei der Erstellung des nationalen Zuteilungsplans sowohl die Klimaschutzvorleistungen der 90er Jahre angemessen zu berücksichtigen als auch ausreichend Raum für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands - beispielsweise durch eine regionale Komponente - zu lassen.

Meine Damen und Herren,

meine Ausführungen zum Braunkohlentag 2003 sollten eines deutlich machen: Braunkohle- und Energie sind tragende Säulen der brandenburgischen Wirtschaft. Wir haben hervorragende, hart erarbeitete Voraussetzungen auf diesen Gebieten. Schließlich ist eine sichere und preiswürdige Energieversorgung gerade auch im Zeitalter von Hightech und Internet wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Fortentwicklung unseres Landes. Es ist jedoch nicht allein ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, das Energieland Brandenburg in diesem traditionellen Sektor wettbewerbsfähig zu machen. Lassen Sie uns vielmehr darüber hinaus gemeinsam dafür arbeiten, auch dem Gebot sozialer Verantwortung gerecht zu werden, indem wir mithelfen, Tausende von qualifizierten Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft zu sichern.

Ich danke Ihnen.